

Bericht:

Deutschland – weiter gedacht

2. Bundeskongress der Neuen Deutschen Organisationen

26. und 27. Februar 2016 in der Kalkscheune, Berlin

Mit einer Pressekonferenz startete am 26. Februar der 2. Bundeskongress der Neuen Deutschen Organisationen (NDO) in der Kalkscheune in Berlin. Die dort aufgestellten Forderungen sind in der [Pressemitteilung vom 29. Februar](#) nachzulesen.

Auch dieses Jahr war die Galerie der Kalkscheune wieder gut gefüllt und ein freudiges Stimmengewirr schlug Besucher*innen auf dem Weg zur Eröffnung des 2. Bundeskongresses entgegen. Die rund 220 Teilnehmer*innen, die sich hier in entspannter und doch professioneller Atmosphäre trafen, vertreten über 100 verschiedene Organisationen aus allen Teilen der Bundesrepublik. Sie sind ebenso vielfältig und engagiert wie die Organisationen, die sie repräsentieren: Von [Al-Maqam](#), einer Zeitschrift für arabische Kunst und Kultur, über die [Zukunftsakademie NRW](#), die Diversität in die Kulturlandschaft in NRW bringen will, bis zum [Hamburger Netzwerk Lehrkräfte mit Migrationsgeschichte](#) und dem [Roma Center e.V.](#) und [vielen, vielen mehr](#), war hier das breite Spektrum an gesellschaftlichem Engagement vertreten, das das post-migrantische Deutschland zu bieten hat. Der Kongress war über zwei Tage angelegt und bot den Teilnehmer*innen die Möglichkeit, nicht nur zwei gut besetzten Panels beizuwohnen, sondern auch, und darauf lag der Fokus des diesjährigen Kongresses, in sieben Werkstätten gemeinsame Handlungsstrategien der Neuen Deutschen Organisationen auszuarbeiten.

Eröffnung:

Die Veranstaltung wurde durch eine sehr persönliche und humorvolle Rede von Honey Deihimi aus dem Arbeitsstab der Integrationsbeauftragten eröffnet, die anstelle der leider erkrankten Staatsministerin [Aydan Özoğuz](#) sprach. Untermalt mit den Erlebnissen ihrer Einbürgerung als deutsche Staatsbürgerin („Wieso wollen Sie denn Deutsche sein, wenn sie Österreicherin sein können?“), zeichnete Honey Deihimi das Bild eines vielfältigen Deutschlands, zu dem sich auch Menschen mit „Einwanderungsgeschichte“ zugehörig fühlen und diese Zugehörigkeit selbstbewusst vertreten und einfordern. Diese Schilderungen gingen einher mit der Forderung, mehr von diesen Menschen in Positionen wie jener der Staatsministerin zu sehen. Deihimi betonte: „Teilhabe heißt nicht, einen Platz zugewiesen zu bekommen, sondern ihn sich selbst auszusuchen“.

Als zweiter Redner trat Thomas Krüger, Präsident der [Bundeszentrale für politische Bildung](#) ans Mikrofon. Er legte den Schwerpunkt seiner Rede darauf, dass Deutschland plural sei, diese Pluralität aber in der Darstellung von Deutschland fehle, die an veralteten Homogenitätsbildern kranke. Gerade in den Medien und staatlichen Institutionen, in denen eben diese Identität verhandelt werde, sei die Vielfalt noch nicht erlebbar. Für ihn seien Neue Deutsche Organisationen die Zukunft, nach der sich alle Institutionen Deutschlands neu ausrichten müssten. Er selbst werde daran arbeiten, die Bundeszentrale für politische Bildung auf dem Weg zu einer Neuen Deutschen Organisation auf ihre Zukunftsfähigkeit abzuklopfen und ihre Strukturen umzubauen. Seine Rede kann [hier nachgelesen](#) werden.

Als nächste und letzte Rednerin wurde Breschkai Ferhad, Leiterin der Koordinierungsstelle der NDO, vom Moderator Karim El-Helaifi ans Mikrofon gebeten. Sie begrüßte noch einmal alle sehr herzlich und übermittelte die, per SMS eingetroffenen, Grüße der Staatsministerin. Angesichts der jüngsten politischen Debatten und der Polemiken die sich „nach Köln“ entwickelt haben, betonte

sie, dass es für Menschen mit Einwanderungsgeschichte in Deutschland ebenso Ereignisse gebe, die viel verändert hätten. Dieses „nach“ gebe es auch aus ihrem Blickwinkel: „Es gibt ein 'nach Rostock-Lichtenhagen', es gibt 'nach Solingen', ein 'nach NSU', es gibt auch 'nach Clausnitz'“, betonte sie. Und unterstrich damit, dass Menschen mit Migrationsgeschichte als Teil der Aufnahmegesellschaft mit ganz eigenen Ängsten konfrontiert seien, die allerdings nicht diffus, sondern ganz konkret und jeden Tag erlebbar seien. Daher müsse aktuelle Migrationspolitik endlich durch eine Gesellschaftspolitik ersetzt werden, die sich an die gesamte Gesellschaft richte. Bezogen auf den diesjährigen Kongress führte sie aus, dass dieser genutzt werden solle, um gemeinsame Handlungsstrategien zu entwickeln, die alle Organisationen vor Ort übernehmen könnten. 2016 solle die Präsenz der NDO in ganz Deutschland gestärkt werden, sagte Ferhad, „wir wissen, dass Berlin nicht Deutschland ist“.

Panel: Deutschland – weiter als gedacht?

Karim El-Helaifi, selbst bei [Schülerpate Deutschland](#), bat daraufhin alle Panelisten auf das Podium: Musa Bala Darboe, Sprecher der Geflüchteten Selbstorganisation [Jugendliche ohne Grenzen](#), Kübra Gümüşay, Publizistin und Initiatorin der Kampagnen [#ausnahmslos](#) und [#schauhin](#), Sheila Mysorekar, Vorsitzende der [Neue Deutschen Medienmacher](#), Patrick Pinheiro von der Initiative [Derf's a bissl bunter sein?](#), Bahareh Sharifi vom [Team vernetzt euch](#) und dem [Bündnis Kritischer Kulturpraktiker_innen](#).

Zum Einstieg bat die Moderatorin des Panels, Ferda Ataman vom [Mediendienst Integration](#), alle Podiums-Teilnehmer*innen, ihre Organisationen und deren aktuelle Anliegen zu skizzieren.

Die Panelisten hoben hervor, dass es aktuell wichtig sei, Position zu beziehen. Kübra Gümüşay unterstrich, dass es nicht mehr darum gehen könne, nur zu reagieren und den „Dreck der Anderen wegzuputzen“, sondern dass es Zeit sei, Positionen in die Welt zu setzen die ihrerseits provozieren. Damit dies gelingen könne, brauche es eine starke Solidarisierung unter den NDO, betonte Bahareh Sharifi und verwies auf die von den Kritischen Kulturpraktiker*innen ausgearbeiteten [Vernetzungs-Strategien](#). Als Vertreter einer Geflüchteten-Selbstorganisation begrüßte es Musa Bala Darboe sehr, auf das Podium geladen worden zu sein. Es sei der erste Schritt, mit einer Gruppe zu sprechen, statt für sie. Sheila Mysorekar betonte außerdem, dass diese Mitsprache und Partizipation nicht nur bei Themen der Migration gefordert werden sollten, sondern in allen gesellschaftlichen Bereichen. Das Podium war sich einig, dass eine strukturelle Veränderung nur über Institutionen herbeigeführt werde, da Einzelpersonen zu schnell als Feigenblatt missbraucht werden könnten. Patrick Pinheiro unterstrich, dass es wichtig sei, auf die Menschen zuzugehen und es vermieden werden sollte, alte Fehler der Verallgemeinerung zu wiederholen. Veränderungen würden von Mensch zu Mensch stattfinden.

Eine längere Diskussion entspann sich mit dem Publikum über die gesellschaftliche Position der Geflüchteten im Vergleich zu den Neuen Deutschen. Musa Bala Darboe fasste die Unterschiede so zusammen: „Ihr habt Wohnungen, wir nicht, ihr seid drin, wir sind draußen“. Es war zu spüren, dass die Situation, in der auch Neue Deutsche Organisationen klar zur Aufnahmegesellschaft gehören, neu ist und ein Umgang damit gefunden werden muss.

Nach der Diskussion begaben sich die Teilnehmer*innen in die Werkstätten.

Zusammenfassung der Werkstätten

Werkstatt 1: Name it, blame it, shame it: Rassismus in Deutschland

Leitung: Leila El-Amaire, [JUMA - Jung, Muslimisch, Aktiv](#) und [i,Slam e.V.](#), Tahir Della, [Initiative Schwarze Menschen in Deutschland \(ISD\)](#).

Die Werkstatt fand am 26.02.2016 und am 27.02.2016 in unterschiedlicher Besetzung statt. Hier werden die Ergebnisse beider Gruppen zusammengefasst.

Die erste Werkstatt untersuchte den bestehenden Rassismus in Deutschland und entwickelte konkrete Vorschläge, wie dagegen zu verfahren sei. Dabei fügten die Teilnehmer*innen den drei Grundpfeilern Name it, Blame it, Shame it einen vierten hinzu: Change it. Sie unterstrichen so, dass es Zeit sei, nicht mehr nur auf Rassismus zu reagieren, sondern aktiv gegen ihn vorzugehen. Zusammenfassend wurde festgestellt, dass es in Deutschland heute Rassismus auf allen gesellschaftlichen Ebenen gibt, dieser aber nie als solcher benannt und identifiziert wird. Rassismus sei immer eine Aushandlung von Machtstrukturen und Privilegien die von den Täter*innen als selbstverständlich wahrgenommen werden. Daher sei die Benennung, Ausstellung und Ächtung von Rassismus ein erster Schritt zum Empowerment derjenigen, die davon betroffen sind.

Folgende Maßnahmen gegen Rassismus wurden vorgeschlagen:

- **Maßnahmen in der Bildung:**
 - Rassismus muss auf allen Bildungsebenen zum Pflichtthema werden
 - Post-koloniale und -migrantische Narrative müssen entwickelt und gelehrt werden
POC-Schüler*innen brauchen 'Safe Spaces', damit Empowerment ein fester Bestandteil des Schullebens wird
 - Es bedarf mehr Beschwerdestellen und Anlaufmöglichkeiten für Eltern in Kleinstädten und ländlichen Regionen
 - Die Aufgabe der NDO könnte es sein, bestehende Angebote sichtbar zu machen und neue rassismuskritische Unterrichtsmaterialien zu erarbeiten
- **Gegen strukturellen Rassismus:**
 - Es braucht Landes-Antidiskriminierungsgesetze
 - Es bedarf mehr Studien, die Fälle von strukturellem Rassismus auswerten und analysieren, um daraus Handlungsempfehlungen abzuleiten
 - In entscheidenden Gremien fehlen zu oft die Stimmen der Betroffenen
 - Es braucht mehr POC-Angestellte in den Strukturen
 - Rassismus muss zum verpflichtenden Thema der politischen Bildung werden
- **Wandel des öffentliche Bewusstseins:**
 - Popkultur und neue Medien sollten noch mehr zur Sensibilisierung gegen Rassismus genutzt werden (Bspl.: #schauhin, DeCoded...)
 - Ein eigenes Narrativ muss entwickelt werden, das nicht das der Mehrheitsgesellschaft übernimmt: „Von den Rändern für die Ränder“
 - Es braucht öffentliche Kampagnen, um Betroffene zu stärken und die Mehrheitsgesellschaft zu sensibilisieren
 - In der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit braucht es mehr Aufklärungsarbeit über Rassismus und Austauschprojekte, die Menschen aus dem globalen Süden die Möglichkeit bieten, als Freiwillige nach Deutschland zu kommen
 - Sensibilisierung für die eigenen Privilegien könnte über die Freiwilligenarbeit passieren
 - Rassismus muss stärkere rechtliche Konsequenzen haben

Werkstatt 2: Teilhabe heißt mit uns - und nicht für uns

Leitung: Julia Lehmann, [korientation e.V.](#), Musa Bala Darboe, [Jugendliche ohne Grenzen](#)
Geflüchteten selbstorganisation.

Die Werkstatt fand am 26.02.2016 und am 27.02.2016 in unterschiedlicher Besetzung statt. Hier werden die Ergebnisse beider Gruppen zusammengefasst.

An beiden Tagen widmete sich diese Werkstatt der folgenden Leitfrage: „Wie können wir die Teilhabe von Geflüchteten in unseren Organisationen, aber auch in der Gesellschaft gewährleisten?“.

Zu Beginn wurde festgestellt, dass nur eine Gesellschaft, die sich ihres Rassismus bewusst ist, ein Selbstverständnis als Aufnahmegesellschaft entwickelt und Lernbereitschaft zeigt, eine solche Teilhabe ermöglichen kann. Dazu bräuchte es Orte des Austausches, eine größere Sichtbarkeit der Geflüchteten und eine Kommunikation mit den Geflüchteten auf Augenhöhe, in der die post-migrantische Gesellschaft nicht ausgeschlossen würde. Das wäre eine Teilhabepolitik mit Zielgruppen-übergreifenden Fördermaßnahmen.

Dazu formulierten die Werkstätten folgende Forderungen:

- **Forderungen an die aktuellen Strukturen:**
 - Die Geflüchtetenarbeit muss professionalisiert werden
 - Die Vergabe der Gelder für die Geflüchteten muss besser kontrolliert werden, um Fehlinvestitionen zu vermeiden
 - Es braucht mehr Partizipation von Geflüchteten: In einer bedürfnisorientierten Politik muss der Bedarf gemeinsam mit ihnen ermittelt werden
 - Die Geflüchteten selbstorganisationen müssen durch langfristige Förderung und Maßnahmen professionalisiert werden
 - Es braucht klare Standards für die Unterkünfte im sozialen Bereich, in den medizinischen und therapeutischen Beratungsstrukturen. Das heißt: eine standardisierte Implementierung von ärztlichen, sozialtherapeutischen, seelsorgerischen und sozialen Angeboten
- **An die Neuen Deutschen Organisationen:**
 - Die Neuen Deutschen Organisationen sollten zur Anlaufstelle für diese Belange werden, zur Vernetzung und zur Information. Die NDO sollten eine Datenbank aufbauen.
 - Es sollten Arbeitsgruppen gegründet werden, die nach dem Kongress weiterlaufen und in einem Jahr ihre Ergebnisse präsentieren
 - Es braucht regionale Zusammenschlüsse der NDO, regionale Koordinierungsstellen, die regionale Diskussionsveranstaltungen organisieren
- **An Politik und Gesellschaft:**
 - Ehrenamtliches Engagement und Politik sollten nicht von Mitleid, sondern durch Kompetenz und Verständnis geprägt sein
 - Die Integrationspolitik sollte für alle, auch für die Aufnahmegesellschaft, sein und sich an alle richten
 - Die Geflüchteten sollten als Potential und Chance wahrgenommen werden und als solche von der Politik sichtbar gemacht werden. Hierzu könnte der Diskurs um einen ökonomischen und demographischen Gewinn durch den Zuzug junger Menschen mit dem der humanitären Pflicht verbunden werden.
 - Ein Kampagnenvorschlag wäre: „Hier kommt eure Rente“

Werkstatt 3: Weg mit der Integrationspolitik - hin zur Gesellschaftspolitik für alle

Leitung: Breschkai Ferhad, [Neue Deutsche Organisationen](#) und Nari Reinke, [Deutscher Soldat e.V.](#)

Da es für diese Werkstatt, die sich mit der Frage: „Wie kommen wir zu einer Gesellschaftspolitik für alle?“ beschäftigte, einen sehr großen Andrang gab, wurde in sechs Gruppen zu unterschiedlichen Schwerpunkten diskutiert. Die Werkstatt fand nur am 27.02.16 statt. Hier sind die Ergebnisse der sechs Arbeitsgruppen nachzulesen.

AG 1: Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund in politischen Entscheidungsprozessen von Bund, Ländern und Kommunen. Sichtbarkeit durch Quoten und Kontingente erhöhen.

In der AG 1 wurden erste Schritte zur Formulierung von NDO-Positionen eingeleitet, es ist noch Abstimmungsarbeit zu leisten. Insgesamt wird an vier Positionspapieren gearbeitet, die über Google-Docs aufrufbar sind.

Das Google-Doc der AG1 kann unter folgendem Link erreicht werden:

<https://docs.google.com/document/d/1cWOXEbnUQ4iHwo75ebT8xUu3qss8Op4a2VlI8Ye51eE/>

Diejenigen, die sich an der Formulierung von Positionen der NDO beteiligen möchten, werden von Fatma Gul (Fatmagul@gmx.net) für die Dokumente freigeschaltet.

Folgende Themen werden bearbeitet:

1. Kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige

Lead: Sibel Özdemir Yaman, Bundeszentrale für politische Bildung / Christian Miess, Citizens For Europe

2. Quote bei den Parteien für Menschen mit Migrations-/Fluchthintergrund

Lead: Giang Vu, WisaWi e.V. / Christian Miess, Citizens For Europe

3. Öffnung von Kulturbetrieben (im Speziellen)/ des öffentlichen Dienstes (im Allgemeinen) in der Personalwahl

Lead: Fatma Gul, Roma Center e.V. / Tina Adomako, Neue deutsche Medienmacher / Hosay Adina-Shafi, Schülerpaten Hamburg e.V/ Sara Djahim, Paritätischer Wohlfahrtsverband/ Raana Ghazanfarpour

4. Erweiterung der Kompetenzen von (Ausländer-)Beiräten

Lead: Giang Vu, WisaWi e.V./ Magdalena Benavente Larios, Migrationsrat Berlin Brandenburg

Damit alle NDO die Chance haben, an den Positionspapieren mitzuarbeiten, übernimmt Sibel Özdemir Yaman von der Bundeszentrale für politische Bildung (sibelymn@gmail.com) zusätzlich die Sammlung der Mail-Adressen bis zum 30. Mai 2016.

Diejenigen, die sich bis dahin mit dem Hinweis gemeldet haben, in welcher Arbeitsgruppe sie mitmachen möchten, werden dann wiederum von Fatma Gul (Fatmagul@gmx.net) für die Dokumente freigeschaltet.

Wie geht es weiter?

Diejenigen, die den Lead einer Arbeitsgruppe übernommen haben, kümmern sich um die Kommunikation untereinander und mit der Geschäftsstelle der NDO, Breschkai Ferhad. Zusätzlich wurde ein E-mail-Verteiler erstellt, in den alle E-mail-Adressen der Beteiligten eingetragen sind. Mit einer Mail an partizipation@forums.citizensforeurope.eu kann dieser Verteiler erreicht werden, falls Hilfe bei der Erarbeitung der einzelnen Themen erforderlich ist. So kann die AG 1 der Werkstatt 3 bis zum nächsten Treffen der NDO die Erarbeitung der gemeinsamen Positionen koordinieren.

AG 2: Globale Perspektiven, Wer ist wir? Was bedeutet das „Wir“?

Wie bekommen wir eine dynamische deutsche Gesellschaft, die kulturelle Vielfalt ermöglicht?

- Verständnis als ein- und nicht Zuwanderungsland
- Beispiele & Vorbilder schaffen (lernen von Kindern)
- Es braucht eine innere Positionierung (inkl. Geflüchtete: siehe fünfte Forderung des ersten Bundeskongresses der NDO „Wir wollen keine Integrationspolitik, sondern eine Gesellschaftspolitik, die sich an alle Bevölkerungsgruppen richtet“.)
- Bildung
- Kampagnen am Tag der Deutschen Einheit

AG 3: Braucht es ein Ministerium für gesellschaftliche Teilhabe und Zusammenhalt? Wie kann Antidiskriminierungspolitik aussehen?

- Ministerium für Migration und gesellschaftliche Teilhabe/Diversität
- Bündelung von Zuständigkeiten und Ressourcen, z.B. BAMF, ADS
- Querschnittsaufgaben
- Zuständigkeit für ausländerrechtliche Fragen
- Vorgehensweise:
 - Kurzkonzept erarbeiten: Warum brauchen wir dafür ein Ministerium?
 - Partner identifizieren
 - Lobby/Öffentlichkeitsarbeit schaffen
 - Siehe Integrationsministerium Baden-Württemberg
 - Starkes Ministerium kreieren

AG 4: Entwicklung gemeinsamer gesellschaftspolitischer Initiative

- Bundesweite Demonstration
 - In Zusammenarbeit mit den NDO aus dem 1. und 2. Bundeskongress
 - Es braucht einen prägnanten Titel
 - Streuung und Info, Bildung einer Kampagnengruppe
 - Wann: zum Tag der Deutschen Einheit, vor Bundestagswahlen
 - Tour als regionale Kampagne

AG 5: Politikfelder als integrative Teile der Gesellschaftspolitik // Definition von Integrations- und Gesellschaftspolitik

Idee: Integrationspolitik als Sprungbrett zur Teilhabepolitik oder Gesellschaftspolitik

Ansprechpartner: Dezernate/Parteien/Ministerien auf allen Ebenen

Gesellschaftspolitik:

- Teilhabe betrifft alle, unabhängig von der Herkunft oder der Staatsbürgerschaft
- Beispiel für Politikfelder:
 - Wohnungspolitik (sozialer Wohnungsbau)

- Kulturpolitik (strukturelle Zusammenarbeit, gesetzliche Pflicht zur Kooperation für Förderung)
- Bildungspolitik (Recht auf Sprache, uni-, bi-, multilingual, Eingliederung in duales Ausbildungssystem)
- Arbeitsmarktpolitik (anonymisierte Bewerbungen gesetzlich verbietet, dauerhaft finanzierter 2. Arbeitsmarkt, nicht als Konkurrenz zum 1.)

AG 6: Finanzen: Fördertöpfe für alle // Umverteilung

Weiterführung der Strukturförderung auf Bundes-/Landes-/Kommunalebene

- Durch professionelles Personal
- Expertise einbinden
- Ohne Aufgabe der Herkunftsorientierung

Öffnung der allgemeinen Fördertöpfe:

- Nicht interkulturell, raus aus der Nische
- Niedrigschwellig gestalten

Werkstatt 4: Neue Narrative braucht das Land - Bildungspolitik next Level

Leitung: Dr. Riem Spielhaus, Universität Erlangen-Nürnberg, Emine Aslan, Initiatorin

[Campus Rassismus](#)

Die vierte Werkstatt baute auf einer Forderung des ersten Bundeskongresses auf: Zu einer Einwanderungsgesellschaft gehört ein reformiertes Bildungssystem. Aufgabe war es, diese Forderung zu übersetzen und auszudifferenzieren. Strategie war es, ein Szenario zu visualisieren, in dem diese Forderung bereits realisiert ist: „Stell Dir vor, es ist das Jahr 2030 und unser Bildungssystem ist reformiert. Was hat sich grundlegend verändert?“

Die Teilnehmer*innen diskutierten zunächst die möglichen Veränderungen: Jede Lehrperson würde sich für den Bildungserfolg ihrer Schüler*innen verantwortlich fühlen. Oder: Diversität ist 2030 ein wichtiger Inhalt in der Lehrer*innenaus- und Fortbildung. Es gibt mehr POC-Lehrer*innen. Außerdem helfen bei rassistischen Vorfällen unabhängige Beschwerdestellen für Eltern, Schüler*innen und Lehrer*innen. 2030 wird offen über Rassismus gesprochen und auch die CDU benutzt das Wort zur Formulierung politischer Ziele.

Daraus bildeten sich drei Arbeitsgruppen mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Es wurde von allen betont, dass in den Diskussionen nicht nur Schulen, sondern auch Institutionen der frühkindlichen Bildung mitgedacht werden müssen.

AG1: Erziehungspersonen

Als größte Herausforderungen wurden angesehen: verkrustete Strukturen, erschwerte Zugänge zu Ausbildung, Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft, ein sozioökonomisch abhängiges Bildungssystem, Föderalismus und vor allem eine zu geringe Wertschätzung des Lehrer*innenberufes. Gemeinsam mit NGOs, NDO, der Kultusministerkonferenz, der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft und bereits bestehenden Projekten muss eine Veränderung erwirkt werden.

Als Strategien nannte die Gruppe: die Einführung eines freiwilligen sozialen Jahres für alle und die Reformierung von Lehrer*innenfortbildungen: Dazu gehört, Pflichtbestandteile zu definieren und lebenslanges Lernen zu fördern. Außerdem wurden ein Diversitätsfahrplan als Instrument und die Aufhebung des Kooperationsverbots der Bundesländer gefordert.

AG2: Schulbücher und Curricula

Strategien für eine Veränderung können sein: Bestandsaufnahme und Studien der Lehrmaterialien und Lehrinhalte. Die Gruppe schlug vor, dass die Kultusministerkonferenz Mindeststandards für die Qualität von Schulbüchern einführt, die von einer unabhängigen Kommission überprüft werden. Außerdem braucht es zivilgesellschaftlichen Druck für eine Sichtbarmachung des Problems. Zentrale Erkenntnis der Gruppe war, dass Vielfalt nicht nur Ziel eines anti-rassistischen Projektes, sondern vor allem ein Qualitätsmerkmal darstellt. Wenn es neues Material für den Unterricht gibt, muss es auch Fortbildungen geben, wie man damit umgeht. Außerdem wurde die Idee ins Spiel gebracht, dass die NDO gemeinsam einen Preis für das beste Schulbuch/Projekt/Fortbildungskonzept vergeben könnten.

Herausforderungen sah die Gruppe im Bildungsföderalismus, der Zusammensetzung der Kommission, im zu geringen Transfer von Forschung und Praxis und in der Frage nach Deutungshoheit: Wer definiert, was Vielfalt bedeutet? Als Partner nannte die Gruppe die Kultusministerkonferenz, Schlüsselpersonen in der Verwaltung, die Bundeszentrale für politische Bildung, Schulbuchverlage, Fachzeitschriften, die Elternschaft und andere bildungspolitische Entscheidungsträger*innen.

AG3: Strukturen und Bildungsinstitutionen

Als Ziel wurden zunächst Schulen ohne Rassismus definiert. Doch die Gruppe war sich schnell einig, dass dies nur ein Label ist, mit dem sich Schulen schmücken und das Rassismus, der an Schulen geschieht, verschleiert. Das Ziel sollen also rassismuskritische Bildungsinstitutionen sein. Als Strategien wurden Austauschprogramme für Lehrer*innen und Schüler*innen diskutiert, um eine größere Kohäsion von verschiedenen sozioökonomischen Milieus zu erzielen. Außerdem ist die Einrichtung unabhängiger Beschwerdestellen von zentraler Bedeutung, sowohl intern (Schüler*innen organisieren sich selbstständig in ihren Institutionen) als auch extern (Stellen, an die sich auch Eltern wenden können). Ein weiteres Ziel ist, die Sichtbarmachung und Vernetzung von Pilotprojekten, z.B. durch Tagungen, Kongresse oder eine Institutionen, die Daten sammelt und auswertet, und Bündnisse von POC-Lehrer*innen. Es wurde das Ziel formuliert, sich als NDO besser zu vernetzen und in Form eines Bildungsforums Kompetenzen zu bündeln.

Die **Werkstatt 4** fand auch am 27.02.2016 statt. Die Teilnehmer*innen des zweiten Tages entwickelten zusätzlich folgende Punkte:

- **Wie könnte ein Neuer Deutscher Preis aussehen?**
 - Auszeichnung von Personen, Projekten und Organisationen im Bildungsbereich, aber auch in Wirtschaft, Politik, Forschung, Kultur, Umwelt und Gesundheit
 - Ausgezeichnet werden jene, die Diversität leben, Rassismus-überwindend handeln, menschenrechtsbasiert arbeiten und damit Vorbildcharakter haben
 - Preis als Qualitätssiegel: „NDO-Prädikat“
 - Preis zur Anerkennung der geleisteten Arbeit und zur Förderung der Fortführung
 - Vergabe von Landespreisen => Nominierung für Bundespreis
 - Soll es auch einen Anti-Preis geben?

- **Es entstand eine Vernetzung innerhalb der NDO: Das NDO-Bildungsforum:**
 - Koordinierung des Bildungsforums über eine [Facebook-Gruppe](#)
 - Inklusiv: das Forum richtet sich an Personen auf allen Ebenen des Bildungssystems: Lehrende, Dozierende, Lernende/Studierende und auch Forschende
 - Das Forum ermöglicht einen Austausch auf Augenhöhe
 - Inhalt: Überarbeitung der Schulbücher, Angebot von Empowermenträumen, Errichtung einer Beschwerdestelle, Diversity in Education als Standard der Bildungsarbeit einführen

- Ergebnis des Forums: Positionspapier/Forderungskatalog erstellen
- Ein Terminvorschlag für das Bildungsforum ist der 12. - 13. November in Frankfurt am Main

Werkstatt 5: Real talk: Zahlen lügen nicht - institutionellen Rassismus effektiv bekämpfen

Leitung: Joshua Kwesi Aikins, [Vielfalt entscheidet](#), Citizens for Europe, Keshia Freduah-Mensah, ISD, #Schauhin, #ausnahmslos

Ziel der Werkstatt: Es werden mehr Daten erhoben/ Befragungen durchgeführt, um institutionalisierten Rassismus aufzudecken und zu bekämpfen

Bereich Wissenschaft:

- Wer darf (nicht) forschen?
- Worüber wird (nicht) geforscht?
- Was wird (nicht) gefördert?
- Strategie/Argument für Datenerhebungen:

Bildungsbereich:

- PISA-Studie: Warum schneidet Deutschland so schlecht ab? -> Rassistische Strukturen im Bildungsbereich => Datenerhebung fordern!
- Forderung nach einer unabhängigen (Beschwerde-)stelle an jeder Schule: arbeitet qualitativ (Tiefen-Interviews) und quantitativ (empirische Befragung innerhalb der Schule)

Arbeitsmarkt:

Wie können wir hohe Arbeitslosigkeit bekämpfen? => Rassistische Strukturen im Arbeitsmarkt untersuchen! => Datenerhebung fordern!

Gesundheitssystem:

z.B. psychosomatische Erkrankungen => können Auswirkungen von Rassismus sein -> hierzu Daten erheben!

Lokal, Landes-, Bundespol. Ebene:

Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure in politisches Agenda Setting

Medien:

- Sollen eine antirassistische Politik einfordern
- Datenerhebung rassistischer Strukturen sind Argumentationsbasis
- Medien dienen der Bewusstseinsbildung von Communities (schaffen auch untereinander Solidarität)
- Medien dienen aber auch als Kanal hin zur Mehrheitsgesellschaft, zur Regierung
- Forderung: Medien übermitteln folgende Botschaft an Regierung: wir brauchen eine antirassistische Politik!

Nach innen:

- innerhalb der Communities werden Datenerhebungen gebraucht, um aus der Individualisierung von rassistischer Diskriminierung herauszukommen
- deutlich machen: rassistische Diskriminierungs-Erfahrungen sind keine Einzelfallerscheinung, keine Ausnahmerecheinung, sondern ein systematisches, strukturelles, gesamtgesellschaftliches Problem
- daher Datenerhebung erforderlich: macht rassistische Strukturen sichtbar
- Bewusstseinschaffung nach dem Motto: Wer sind wir, und wenn ja, wie viele?

Überhaupt:

Rassistische Diskriminierung nicht individualisieren, sondern als Menschenrechtsverletzung begreifen

Werkstatt 6: Wir sind das Staatsvolk - ein Update für das Grundgesetz

Leitung: Farhad Dilmaghani, Van Bo Le-Mentzel, [DeutschPlus e.V.](#)

Die Werkstatt fand am 26.02.2016 und am 27.02.2016 in unterschiedlicher Besetzung statt. Hier werden die Ergebnisse beider Gruppen zusammengefasst.

DeutschPlus e.V. fordert die Ergänzung des Grundgesetzes um ein neues Staatsziel: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein vielfältiges Einwanderungsland. Sie fördert daher die gleichberechtigte Teilhabe und Integration“ ([Süddeutsche Zeitung 15.10.2015](#)). In dieser sechsten Werkstatt, wurden die Teilnehmer*innen eingeladen, die vorgeschlagene Änderung zu diskutieren und die Rolle der NDO zur Verbreitung der Forderung auszuarbeiten.

Drei Hauptargumente stützen das Vorhaben von Deutsch Plus:

- Staatsziele (z.B. Umweltschutz) können dem Grundgesetz hinzugefügt werden. Sie sind Spiegel der Weiterentwicklung des Bewusstseins. Dieses Staatsziel ist schon längst überfällig, denn Deutschland ist schon lange ein Einwanderungsland.
- Damit würden die Staats-bürgerschaftlichen Rechte von Menschen mit Einwanderungsgeschichte fest verankert und die staatliche Exekutive und Legislative könnte sich darauf beziehen. Die Individual-rechtliche Position des Einzelnen wird verbessert, denn Staatsziele können eingeklagt werden.
- Ein Staatsziel ist ein unumkehrbarer Kompass und ein Verschlechterungs-Hindernis. Seitdem die AfD so stark ist, hat sich der öffentliche Diskurs nach Rechts verschoben. Daher ist es wichtig, dass die NDO jetzt ihre Kräfte entfalten.

Die Implikationen und Auswirkungen des Staatszieles und der Resolution wurden vor allem entlang dieser Argumente diskutiert:

- Ein neues Staatsziel ist ein Mittel unter anderen, um das Ziel zu verfolgen, die Einstellung eines jeden Menschen in Deutschland zu verändern. Der Prozess der Definition eines gemeinsamen „Wir“ ist dabei entscheidend. Es braucht die NDO um den weißen Deutschen zu helfen, gemeinsam ein neues, plurales, buntes Deutschland auf feste Grundlage zu stellen.
- Da allgemein der Widerstand gegen Einwanderung noch groß ist, muss eine breite Masse gefunden werden, die das Staatsziel mitträgt. Dafür muss, gemeinsam mit Bündnispartnern wie Parteien oder Kirchengemeinschaften, politische Kraft einerseits, und zivilgesellschaftlicher Druck andererseits, aufgebaut werden.
- Der Begriff der „Integration“ im Staatsziel wird kritisiert: er beschreibt eine Teilung in Integrierte und Nicht-Integrierte und bildet eine Forderung nach Assimilation, die das Fremde nicht wahrnehmbar macht. Damit ist er kolonialistisch und richtet sich nicht an die Aufnahmegesellschaft.

Verteidigung der Integration im Staatsziel: Sie vergrößert die gesamtgesellschaftliche Akzeptanz des Staatszieles. Zudem ist Integration eine Unterstützung für Menschen, die hier ankommen: das Staatsziel kann auch von Neuankömmlingen eingefordert werden. Integration meint hier integrative Unterstützungsleistungen für ein paar Jahre, nicht Assimilation.

- Der Begriff „Migrationsgesellschaft“ wurde dem der „Einwanderungsgesellschaft“ vorgezogen. Er beschreibt eine dynamische Bewegung, nicht nur eine nach Deutschland.

Werkstatt 7: We have to stick together - Solidarität jetzt

Leitung: Büsra Delikaya, [Salaam-Schalom](#), Karim El-Helaifi, Schülerpaten Deutschland

Diese Werkstatt hatte sich das Ziel gesetzt, einen strukturellen Maßnahmenplan für gemeinsames Handeln der NDO zu entwickeln. Es wurden fünf Bereiche ausgemacht, für die Maßnahmen entwickelt wurden:

1. Stellenmarkt

- Es soll eine NDO-spezifische Plattform entwickelt werden, die Kompetenzen vermittelt und als Datenbank für Bewerber*innen funktioniert. Das könnte auch ein Verteiler sein, dieser sollte sich aber auch an Nicht-Akademiker richten.
- Alle sollten untereinander Stellenausschreibungen herumschicken und teilen.
- Da am verdeckten Arbeitsmarkt die wichtigsten Posten vergeben werden, sollten die NDO versuchen, sich dort einzubringen.
- Wenn NDO von Stellen erfahren, sollten sie POC vorschlagen und sich gegenseitig empfehlen. Zudem sollten alle es immer öffentlich machen und teilen, wenn POC Stellen besetzen.
- Die Geschäftsstelle der NDO könnte Bewerbungsberatung anbieten.

2. Medienarbeit

- Namedropping ist wichtig. Alle Organisationen sollten sich gegenseitig nennen und sich medial und öffentlich unterstützen und sich solidarisch zeigen. Im Moment zum Beispiel braucht Funkhaus Europa Unterstützung.
- Es sollte ein Netzwerk für Krisen eingerichtet werden. Den Aufruf zur gegenseitigen Unterstützung sollte man nicht scheuen.
- Entwicklung einer strategischen Wertschätzungsstruktur: gegenseitige Posts und Zeitungsartikel liken, posten, teilen, wenn sie unseren Zielen entsprechen. Positiv sharen!
- Es ist gut, unerwartete Allianzen zu schaffen: Sich mit anderen Organisationen /Initiativen solidarisch erklären, die die Medien nicht erwartet hätten.
- Neue Medien (Magazine ...) schaffen, um eine Stimme zu bekommen
- Die NDO müssen die Medienarbeit beeinflussen: Nicht nur die, die für die Medien arbeiten, sondern die, die sie gestalten. (Partizipation in: Rundfunkräten, Parteien, Programmausschüssen).
- Entscheidungsträger*innen über Inhalte und Formate mobilisieren (Lobbyarbeit: Besetzungspraktiken der Gremien beeinflussen, Werbung kaufen)
- Credibility marketing betreiben: Akademische/Wissenschaftliche Expertise nutzen
- Gemeinsame (Protest-)Kampagnen für bessere Repräsentation in den Medien starten
- Die gemeinsamen Positionen der NDO müssen ausgebaut und erneuert werden.

3. Politische Partizipation

- Gegenseitige langfristige Sensibilisierung: Es sollten Strategien entwickelt werden, um die Organisationen untereinander für die Themen und Arbeit der anderen zu öffnen.
- Bei bestimmten Themen kann überparteilich zusammengearbeitet werden, z.B.: Rassismus.
- Alle, die in Strukturen sind, sollten Leadership-Förderung betreiben: Die anderen mit hochziehen.
- Alle Organisationen sollten für mehr Mitgliedschaft in den Parteien werben: es sind zu wenige Menschen mit Migrationshintergrund Mitglieder, damit die POC im Parlament ausreichend repräsentiert werden. Kirchen, Wohlfahrtsverbände... müssen mehr

Mitglieder aus den NDO bekommen, damit die paar Repräsentanten, die die NDO haben, Unterstützung haben.

- Positive Beispiele von bereits existierenden Kooperationen sollten hervorgehoben und bereits existierende Mitgliedschaften in Parteien und Strukturen ausgebaut werden.

4. Finanzierung

- Es sollten mehr Kooperationen bei Projektfinanzierungen (regional und bundesweit) eingegangen werden.
- Die NDO sollten zur Antragstellung betreten und ihr Wissen dazu teilen.
- Ausschreibungen sollten innerhalb des Netzwerks weitergeleitet und geteilt werden.
- Gegenseitiges Sponsoring und Ressourcen (Räume, Equipment..) teilen: Organisationen können sich mit kleinen Summen unterstützen
- Es wäre möglich, Finanzstarke Community-Mitglieder anzusprechen.
- Gut wäre eine Finanzschulung, um größer zu denken.
- Es müssen Strukturmitgliedschaften angestrebt werden, damit die NDO auch Gelder bekommen.
- Die Organisationen sollten für mehr Mitglieder werben.

5. Know-How-Transfer

- Bei Schulungen immer auch andere NDO einladen
- Mentoring- und Coaching-Programme initiieren und teilen
- Sensibilisierung für unsere Themen untereinander
- Know-How verständlich für alle aufbereiten (Leichte Sprache verwenden)
- Selbstkritik fördern
- Bedarfe kommunizieren, um ein bedarfsorientiertes Schulungsangebot zu entwickeln

Zur aktuellen Flucht- und Asyl-Debatte formulierten die Teilnehmer*innen, dass nun auch die NDO Teil der Aufnahmegesellschaft seien und dass es an der Zeit sei, sich solidarisch zu zeigen und zugleich Privilegien-Reflexion zu betreiben. Es müsse darum gehen, auch innerhalb der NDO ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass sie jetzt einen sozialen Zwischenraum bilden: Sie befänden sich in einer privilegierten Position gegenüber denen, die kommen und das eigene Verhalten sei dasselbe, wie das der Mehrheitsbevölkerung. Dieser Umstand müsse benannt werden. Es bedürfe der Solidarität mit Menschen, die kommen, denn sie sollen die neue Gesellschaft mitgestalten. Es wurde mehr Selbst-Kritik gefordert, denn auch in den Diskussionen der NDO fände Ausschluss statt. Ausgrenzungsmechanismen innerhalb der NDO sollten benannt und behoben werden.

Werkstatt 8: Offene Werkstatt

Leitung: Halime Yakut, Vielfalt Entscheidet

Im Gegensatz zu den anderen Werkstätten, hatte die „offene Werkstatt“ keine feste Themenvorgabe, so dass die Teilnehmer*innen selbst entscheiden konnten, über welchen Themenbereich diskutiert werden sollte. Insgesamt wurden vier Themen vorgeschlagen:

Thema 1: Erinnerungskultur in der Einwanderungsgesellschaft

Die Forderung, die gemeinsam ausgearbeitet wurde, lautete: Wir sind ein Einwanderungsland, wir wollen Vergangenheit und Gegenwart gemeinsam aufarbeiten und die Zukunft gemeinsam gestalten. Ohne gemeinsame Geschichte keine Zukunft.

Thema 2: Ambivalenzen und Differenzen unter den Neuen Deutschen

Es wurde der Vorschlag gemacht, alle unter den Begriff „Neue Deutsche“ mit einzuschließen, die

sich kritisch mit Rassismus und Themen, die damit im Zusammenhang stehen, auseinandersetzen, unabhängig von der Herkunft, um gemeinsame Ziele zu erreichen.

Thema 3: Anerkennung und Gleichstellung der in Deutschland lebenden Menschen

Die NDO haben dieses Thema bereits als Forderung formuliert: „Wir bestimmen, wer wir sind und was wir sind“. Entscheidend bei der Identifikationsproblematik ist, dass die Diversität verschiedener Identitäten anerkannt wird. Eine weitere Forderung ist der Wunsch nach Teilhabe, auch bei Themen, die nicht die Migration betreffen.

Thema 4: Sprachpolitik reflektieren und gestalten

Als Problem wurde benannt, dass in Deutschland die Erwartung herrscht, dass perfekt und akzentfrei Deutsch gesprochen wird, selbst wenn die Einwanderung erst im Erwachsenenalter erfolgt ist. Es wurde gefordert, dass individuelle Kompetenzen vor Sprachkenntnissen stehen sollten. Fähigkeiten sollten genutzt werden, statt Sprachforderungen zu stellen.

Aus Zeitgründen wurde ein Thema ausgewählt. Die Gruppe entschied sich für das **Thema 3**. Zunächst wurde das Thema umformuliert in: Wie können die Neuen Deutschen Organisationen Anerkennung und Gleichstellung unter allen Deutschen erreichen? Welche Maßnahmen müssen die Neuen Deutschen ergreifen, um als Neue Deutsche anerkannt zu werden? Diese Fragen wurden vor dem Hintergrund des gemeinsamen Ziels, „Wir wollen selbst bestimmen, wer wir sind“, diskutiert.

- Diskussion über den Begriff „Neue Deutsche“:

Als problematisch angesehen wurde, dass Menschen sich zwar Neue Deutsche nennen können, die entscheidende Frage jedoch lautet, ob sie auch als solche anerkannt werden. „Neue Deutsche“ ist keine starre Kategorie und sollte nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund bezeichnen, sondern Menschen, die gemeinsame Ziele für eine vielfältige Gesellschaft verfolgen. „Neue Deutsche“ ist der Versuch, einen Begriff zu besetzen, aber langfristig sollte das Ziel lauten, „Deutsche“ stehen zu lassen und die Präfixe wie „Bio-“ oder „Neue“ wegzulassen.

- Neue Deutsche Organisationen als Sprachrohr?

Für die NDO ist es wichtig, sich als Organisation zu präsentieren. Eine solche Vereinigung ermöglicht Stärke. Es wurde darüber diskutiert, ob es ein Vorteil wäre, wenn die NDO noch mehr Sprachrohr für alle Organisationen wären. Ein Argument dafür war, dass auf diese Weise mehr Macht und Reichweite erlangt werden kann. Ein Gegenargument war, dass die Organisationen sehr heterogen sind.

- Maßnahmen mit denen das Ziel „Wir wollen selber bestimmen, wer wir sind“ erreicht werden kann

1. Grundwerte zusammentragen

Der erste Schritt ist bereits durch die Zusammenführung und Organisation von „Gleichgesinnten“ als NDO und die Gründung einer Plattform erfolgt. Es wird betont, dass der Fokus darauf liegt, einen gleichen Sinn zu verfolgen. Grundwerte, die alle teilen, sollten zusammengetragen werden.

2. Impulse stärker nach außen tragen

Wichtig ist zunächst Aktivität: es muss etwas getan werden, das anerkannt wird. Professionalität, qualitativ hochwertige Produkte sind Voraussetzung für Anerkennung. Die Dinge müssen gut artikuliert werden und verständlich sein. Vor allem geht es darum, zu „stören“, vielleicht auch zu provozieren und anzuregen.

3. „Wir sollten mehr provozieren und stören!“

Hier wird das Problem ausgemacht, dass man erfolgreich sein muss und immer nach Leistung

bewertet wird, um als „Deutscher“ anerkannt zu werden. Auf seine „Wurzeln“ wird man zurückgeführt, wenn man nicht erfolgreich ist.

4. Lobbyismus ausbauen und mit Politik verknüpfen

Ein Teilnehmer ist in die CSU eingetreten, um ihre Arbeit aus der Nähe zu verfolgen. Die anfängliche Skepsis gegenüber ihm hat sich mittlerweile gelegt. Ein Vorschlag ist also, neue Räume zu ergründen und Lobbyismus und politische Aktivität zu verknüpfen.

5. Vielfalt innerhalb NDO ausbauen und nach außen tragen

Sichtbar werden ist notwendig. Wenn bspw. ein Ingenieur Teil des Netzwerks ist, kann er wiederum in seinem Bereich Ideen, Ansichten weitertragen, um so Vielfalt auszubauen. Dafür ist Netzwerken wichtig, aber mit unterschiedlichen Personen, auch bezüglich ihrer beruflichen Tätigkeit.

6. Selbstbewusstsein stärken und Empowerment betreiben in den NDO

Weitere Voraussetzungen für die Anerkennung sind die Entwicklung von Selbstbewusstsein, Wertgetreu zu sein und die Zahl derjenigen zu steigern, die „stören“. Dazu gehört, eine Selbstverständlichkeit zu entwickeln gegenüber sich selbst. Um Empowerment betreiben zu können, müssen Möglichkeiten und Räume geschaffen werden.

7. „Bestimmung der eigenen Identität ist ein Grundrecht“

Es wurde auch thematisiert, dass Menschen auch das Recht haben, nicht klar in der Identität zu sein, durchschnittlich zu sein, Fehler zu machen und nicht perfekt zu sein, das Recht „normal“ zu sein. Selbstbestimmung wurde dabei als Grundrecht betrachtet.

8. Ideen für Kampagnen

Ideen zu Identität und die Vielfalt der NDO müssen nach außen kommuniziert werden, z.B. in Form einer Werbekampagne. Eine Gemeinsamkeit, die unter den Organisationen ausgemacht wurde, ist, dass alle zu Deutschland gehören. So wurde der Vorschlag gemacht, ähnlich der Kampagne „Ich bin Deutschland“ eine Videokampagne zu starten mit Leuten, die erzählen, wie sie sich definieren. Die Botschaft dabei sollte sein: Wir akzeptieren alle Perspektiven, obwohl sie so unterschiedlich sind. Aktionen, die provozieren, „stören“, andere Reaktionen hervorrufen und den Spiegel vorhalten, um Gewohnheit zu brechen, müssen vermehrt gestartet werden.

9. Hartnäckigkeit und Regelmäßigkeit - Qualität und Quantität sichern

Auch wenn einzelne Ideen bereits umgesetzt wurden, ist es wichtig, Hartnäckigkeit zu bewahren und Wiederholungen zu riskieren. Bestimmte Dinge müssen immer wieder gesagt werden. Wichtig ist es also, Qualität und Quantität zusammenbringen, denn dann erhöht sich die Möglichkeit, die anderen zu erreichen.

Workshop: Campaigning

Leitung: Sebastian Schütz, Campaigner bei change.org und Gründer youvo.org

Mit Hilfe von change.org, wurden hier den Teilnehmer*innen die Kriterien für eine erfolgreiche Online-Kampagne nahegebracht.

Die strukturelle Vorgehensweise von change.org ist die folgende:

„Start your campaign -> build your support -> people-powered change“. Wichtig sind dabei die Schritte zwischen den einzelnen Stationen: Die Momente des Aufbaus.

- Checkliste für eine erfolgreiche Kampagne:

- Klare Forderung & Kampagnenziele formulieren
- Richtigen Entscheidungsträger identifizieren
- Persönliche Geschichte erzählen
- Relevante NGOs, Communities und Multiplikatoren identifizieren
- Anlässe zur stetigen Mobilisierung definieren

- Taktik:

- 1. Start einer Petition
- 2. Mobilisieren der ersten Unterstützer*innen
- 3. Medieninhalte schaffen
- 4. Kreative Aktionen
- 5. Mobilisierung für Offline-Aktivitäten
- 6. Übergabe der Kampagne an Entscheidungsträger*innen

Weitere Einzelheiten zum erstellen einer Online Kampagne [können hier abgerufen](#) werden.

Workshop: Medientraining

Leitung: Alice Lanzke, Projektleiterin [Neue Deutsche Medienmacher](#)

Das Training vermittelt den Teilnehmer*innen grundlegende Punkte und Tipps solider Medien- und Pressearbeit für sozial engagierte Unternehmen und Unternehmungen entlang folgender Fragen: Wie arbeiten Journalist*innen? Nach welchen Kriterien suchen sie Nachrichten aus? Wie muss ich mich auf ein Interview vorbereiten? Was mache ich bei diskriminierenden Unterstellungen? Wie kann ich meine Themen setzen?

Es wurden allgemeine Kriterien für die Nachrichtenauswahl herausgearbeitet:

- Aktualität/Brisanz („Herdentrieb“)
- Überraschungseffekt
- Starke Zitate
- Relevanz
- Personalisierung
- Gute Pressearbeit
- Immer zielgruppenorientiert arbeiten (Kommunikationswege)

Folgende Elemente einer umfassenden Medien- und Pressearbeit wurde vorgestellt:

- Verteilerpflege
- Pressemitteilungen, -informationen
- Publikationen (Flyer, Broschüren, ...)
- Website/Social Media (Facebook, Twitter, ...)
- Veranstaltungen/Hintergrundgespräche
- Presseanfragen/Interviews
- Dokumentation
- Vernetzung/Präsenz

Die Einzelheiten, die es bei jedem Element zu beachten gilt, [können hier abgerufen](#) werden.

Abschlusspodium

Mit ihrem Auftritt als [Jilet Ayse](#) unter dem Titel „Deutschland, wir müssen reden!“ eröffnete Idil Baydar das Abschlusspodium. Ihr Auftritt wurde mit großer Begeisterung aufgenommen und endete mit dem Fazit: „Auf der Welt gibt es nur zwei Sorten von Menschen: ein Arschloch und kein Arschloch“.

Die Moderatorin Breschkai Ferhad leitete das Podium ein, indem sie hervorhob, der erste Bundeskongress sei eine Bestandsaufnahme dessen gewesen, was getan werden muss, der zweite widme sich dem wie. Sie bat folgende Teilnehmer*innen auf das Podium:

Aziz Bozkurt, Bundesvorsitzender AG Migration und Vielfalt der SPD, Thomas Krüger, Präsident Bundeszentrale für politische Bildung, Dr. Susanne Farwick Leiterin des Bereichs Integration der Stiftung Mercator, Prof. Dr. Naika Foroutan, stellvertretende Direktorin des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung und Michael Kellner Bundesgeschäftsführer vom Bündnis90/Die Grünen.

Zudem wurden nacheinander die Leiter*innen der Werkstätten dazugerufen, um die Ergebnisse der vergangenen Tage zu präsentieren.

Die erste Werkstatt „Name it, blame it, shame it“ stellte ihre Ergebnisse vor. In dieser Arbeitsgruppe wurden unter anderem die Benennungspraktiken in Deutschland diskutiert und festgestellt, dass es hier einen verengten Blick gebe. Rassismus gebe es auf allen gesellschaftlichen Ebenen, aber umfassende Auseinandersetzungen zum Thema Rassismus würden fehlen. Zudem brauche es mehr Analysen, auch solche, die historische Kontinuität aufzeigen. Die Wahrnehmung der von Rassismus Betroffenen sei viel zu selten Grundlage der Diskussionen und Erhebungen.

Auf die Frage, warum Deutsche nicht gerne das Wort Rassismus verwenden würden, antwortete Michael Kellner, dass man in Deutschland dieses Wort gebraucht und gebrauchen sollte. In deutscher Geschichte habe es eine besondere Bedeutung und noch vor einem Jahr seien die Diskussionen dazu eingefroren gewesen. Heute allerdings fände eine Veränderung im Diskurs statt. Es entstehe eine harte Polarisierung der Gesellschaft: aktuell sei noch nicht mal die Religionsfreiheit selbstverständlich. Die 20 Prozent der Gesellschaft, die traditionell in diesem Land an solchen Dingen rüttelten, seien im Moment ganz besonders sichtbar. Die Sorge der Grünen sei es, dass sich dadurch eine Verschiebung in der gesamten Bevölkerung ergeben könnte.

Prof. Dr. Naika Foroutan führte dazu aus, dass durch diese starke Polarisierung es eher 30 Prozent seien und das mittlerweile auch in Ländern, die in keiner bedrohlichen wirtschaftlichen Lage seien, wie zum Beispiel Schweden. Man könne neue Trennlinien aufmachen, die Jilet Ayse sehr gut mit „Arschlöcher oder keine Arslöcher“ zusammengefasst hätte. Es sei also ein Trennlinie, die abseits der Trennung von Migranten und Nicht-Migranten verlaufe.

Die Werkstatt „Zahlen lügen nicht“ forderte, dass mehr Gleichstellungsdaten erhoben werden, um Alltagsrassismus sichtbar zu machen. Diese Erhebungen seien in vielen Feldern wichtig: zum Beispiel in der Wissenschaft, der Bildung, den Medien und dem Arbeitsmarkt. Es wurde betont, dass der Schutz vor Rassismus ein Menschenrecht sei und die Kategorie des „Migrationshintergrunds“ nicht ausreiche, um Alltagsrassismus zu benennen und zu quantifizieren.

Daraufhin fragte Breschkai Ferhad Thomas Krüger, wie die Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb) mehr Fokus auf diese Thema lenke könne. Er antwortete, dass Datenerhebung der richtige Weg sei und zitierte ein Beispiel, in dem der Anteil der Angestellten mit Migrationshintergrund in den Ämtern gemessen worden sei. Allerdings sei nicht angefragt worden, welche Positionen sie bekleiden. Die meisten seien im niedrigen oder mittleren Dienst, auch in der bpb. Genau dieser Umstand müsse transparent gemacht werden. Er stellte die Frage, wie die Arbeit dieser Ämter in Zukunft weitergeführt werden solle, wenn sie nicht der Heterogenität der Gesellschaft entsprächen.

Der Arbeitsschwerpunkt der Werkstatt „Neue Narrative braucht das Land - Bildungspolitik next Level“ war die Auseinandersetzung mit den Bildungsstandards in Deutschland. Diversity education solle verpflichtend in die Curricula eingearbeitet werden. Die NDO sollten diese Änderung strategisch unterstützen und mit erarbeiten. Außerdem müsse sich dringend eine unabhängige Beschwerdestelle für alle Bildungsbeteiligten gründen. Auch hier könnten die NDO ein Anlaufstelle

sein. Aus dieser Werkstatt entstand das [Bildungsforum NDO](#) mit dem Ziel, Akteure der Bildungspolitik zusammenzubringen.

Auf die Frage nach einer Einschätzung und Umsetzbarkeit der Ergebnisse antwortete Dr. Susanne Farwick, dass sich die Stiftung Mercator für Gleichstellung in der Bildung einsetze. Veränderungen an den Schulen seien dringend notwendig, um gleiche Chancen für alle zu erreichen. Gerade für das Bildungssystem gäbe es schon viel Wissen dazu und man müsse Experten dazu holen. Der nächste Schritt für junge politische Akteure sei es, Koalitionen zu schaffen. Gemeinsam könne man mehr umsetzen, daher rate sie, früh auf Kultusministerien zuzukommen.

Die Vertreter*innen der Werkstatt „Weg mit der Integrationspolitik - hin zur Gesellschaftspolitik für alle“ betonten, dass die Neuen Deutschen dieses Land prägen und die Migrationspolitik nicht mehr zeitgemäß sein. Sie forderten ein Ministerium für Migration und gesellschaftliche Teilhabe, da Teilhabe alle betreffe, unabhängig von der Herkunft oder der Staatsbürgerschaft. Auch die Möglichkeiten politischer Beteiligung müssten durch kommunales Wahlrecht für Drittstaatenangehörige und Quoten in den Parteien verbessert werden.

Aziz Bozkurt hob hervor, dass Neue Deutsche selbstbewusster auftreten müssten und die Forderung nach einem Ministerium ein guter Anfang sei. Dieses könne viel auf den Weg bringen und alles verbinden. Als Strategie riet er, sich an die Grünen zu wenden, da sie diese Forderung auch schon aufgestellt hätten.

Michael Kellner unterstrich, dass es wichtig sei, dass Neue Deutsche in die Parteien gingen. Die Grünen würden ein Ministerium fordern und würden sich auch auf diese Forderung festlegen. Dabei sei die spannende Aufgabe, sich der Herausforderung einer gleichberechtigten Teilhabe für Menschen, die hier aufgewachsen sind und für diejenigen, die jetzt ankämen, zu stellen. Konkurrenz müsse vermieden werden, denn es sei genug für alle da. Es bräuchte eine Erzählung der Hoffnung in diesem Land, um sich dem Hass und der Ausgrenzung entgegenzustemmen.

Die Werkstatt „Ein Update für das Grundgesetz“ forderte ein neues Staatsziel im Grundgesetz. Es sollte lauten wie folgt: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein vielfältiges Einwanderungsland. Sie fördert daher die gleichberechtigte Teilhabe und Integration“.

Prof. Dr. Naika Foroutan unterstrich, dass man sich damit das Grundgesetz zu Eigen mache. In den letzten Monaten in der Debatte über Integrationspflicht sei vergessen worden, wie wenig Verfassungsbewusstsein es gäbe. Das Grundgesetz müsse auch auf Deutsch verteilt werden, nicht nur auf Arabisch, denn es gäbe in der Bevölkerung eine Verfassungsdistanz. Das habe nichts mit Migranten zu tun, sondern müsse alle daran erinnern, wie stark Demokratien erodieren können.

Die wichtigsten Forderungen der Werkstatt „Teilhabe heißt mit uns - und nicht für uns“ waren einerseits die Beteiligung der unterschiedlichen Gruppen an der Verteilung von Fördermitteln und andererseits, dass vermieden werden müsse, dass Gruppen gegeneinander ausgespielt werden. Es bedürfe mehr Partizipation auf Augenhöhe mit den Geflüchteten und einer bedürfnisorientierten Politik. Die NDO könnten als Beratung für die Geflüchteten Selbst-Organisationen auftreten.

Die Werkstatt „We have to stick together – Solidarität jetzt“ hatte sich zum Ziel gesetzt, einen strukturellen Maßnahmenplan für ein solidarisches Handeln der NDO zu entwickeln. In den Bereichen Stellenmarkt, Medienarbeit, Politische Partizipation, Finanzierung und Know-how-Transfer wurden konkrete Maßnahmen erarbeitet, die auf gegenseitige Unterstützung der Organisationen untereinander abzielen.

Abschließend formulierten die Teilnehmer*innen des Podiums je einen Wunsch an die Neuen Deutschen Organisationen:

Dr. Susanne Farwick zitierte den Titel der letzten Werkstatt, indem sie sagte: „We have to stick together and go outside. Geht nach Hause, bringt die Dialoge vor Ort und tragt den Spirit weiter.“

Aziz Bozkurt sagte: „Ich wünsche mir, dass wir mehr an einem Strang ziehen. Musa Bala Darboe von Jugendliche ohne Grenzen hat gestern gesagt: Beim Asylpaket II haben Menschen mit Migrationshintergrund dafür gestimmt. Ich hoffe, wir werden solidarischer“.

Prof. Dr. Naika Foroutan forderte: „Wir müssen uns mehr in die öffentlichen Debatten einmischen. Leute raus schicken! Leute schulen. Viele haben schlechte Erfahrungen gemacht. Wir müssen aktiv rein gehen. Es braucht junge Männer mit Migrationshintergrund, die in die Medien/Talkshows gehen. Und wir brauchen gute Netzwerke, um die zu pushen.“

Breschkai Ferhad erzählte: „Wir Werkstattleiter hatten alle gemeinsam ein Trainer-Seminar. Wir haben sechs Stunden gemeinsam verbracht. Danach haben wir Musa gefragt: Sind wir für dich Deutsche? Er sagte: 'Nein, Deutsche sind die Anderen, die Weißen'“.

Michael Kellner sagte: „Ich habe Hoffnung auf eine bessere Gesellschaft, in der Veränderung machbar ist. Wir sollten nicht mehr mit Angst arbeiten, sondern stattdessen eine optimistische und hoffnungsvolle Erzählung schaffen“.

Thomas Krüger gab einen persönlichen Ratschlag: „Das Deutsch-sein, die Othernes-Erfahrung habe ich als Ossi auch gemacht. Man muss Ablehnen, immer dieselben Themen zu besprechen und stattdessen in alle politischen Felder rein: Arbeit, Wirtschaft und so weiter. Ich wünsche mir, dass die NDO sich nicht nur auf identitätspolitische Fragen reduzieren lassen“.